



Winfried Kretschmann:
*„Ich bin in der Vergangenheit
 für die berechtigten Anliegen der
 Volksbanken und Raiffeisenbanken
 eingetreten und werde dies auch
 weiterhin tun.“*

© Foto Staatsministerium

„Die Genossenschaften werden weiter an Bedeutung gewinnen“

Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL ist Schirmherr des „Baden-Württembergischen Jahres der Genossenschaften 2015“. Die Geno-Graph-Redaktion fragte ihn im Interview unter anderem, in welchen Bereichen das genossenschaftliche Geschäftsmodell wesentlich mitgestalten kann.

Herr Ministerpräsident, Sie wirken dankenswerterweise bei unserem „Zukunftsforum Genossenschaft“, das am 30. September 2015 im GENO-Haus in Stuttgart stattfinden wird, mit. Übergreifende Klammer dieser Veranstaltung wird sein, die Wirkung von Genossenschaften in Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam mit unseren Netzwerkpartnern zu reflektieren. Es wird diskutiert, welche Bedeutung Genossenschaften im Kontext der aktuellen wirtschaftspolitischen Themen und Einflussfaktoren wie beispielsweise demografischer Wandel, Digitalisierung und Energieeffizienz haben. Was erwarten Sie vor diesem Hintergrund vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband als Dienstleister für die baden-württembergischen Genossenschaften?

Das genossenschaftliche Geschäftsmodell ist ein Erfolgsmodell, das sich – gerade auch in Krisenzeiten – bewährt hat. Der Genossenschaftsverband als starke Stimme der Genossenschaften nach außen leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Wenn ich an die Beratungsleistungen für die Mitgliedsgenossenschaften und die Leistungen im Prüfungsbereich denke, das sind unverzichtbare Aufgaben, die der BWGV übernimmt. Die Genossenschaften werden sicherlich in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, gerade bei wichtigen Themen wie der Energiewende, aber auch im Bildungs- und Pflegebereich oder beispielsweise beim Ausbau der Breitbandversorgung. Daher setze ich darauf, dass der BWGV sich auch zukünftig in gewohnt verantwortungsvoller Weise für seine Mitglieder einsetzt.

Baden-Württemberg soll Vorreiter bei der Verknüpfung von Maschinenbau und Informations- und Kommunikationstechnik werden, um sich im internationalen Wettbewerb weiter behaupten zu können. Deshalb unterstützt das Land den Mittelstand mit dieser sogenannten vierten industriellen Revolution (Industrie 4.0). Die meisten genossenschaftlichen Unternehmen sind mittelständische Betriebe und die Volksbanken und Raiffeisenbanken wesentliche Finanziers des Mittelstands. Welche Perspektiven bietet die Initiative Industrie 4.0 gerade für Genossenschaften, die als überwiegend regional agierende Unternehmen vornehmlich auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ausgerichtet sind?

Ich sehe für die kleinen und mittleren Unternehmen große Chancen in der Industrie 4.0: Durch den einerseits rasanten technologischen Fortschritt und die Entwicklungen in der Produktionstechnik und andererseits auch die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien werden neuartige Produktionsabläufe entstehen. Diese ermöglichen auch völlig andere Geschäftsmodelle, bei denen weitere Elemente der Digitalisierung und Informationsverarbeitung eine ganz andere Rolle spielen werden als bisher. Das ist auch ein hoch interessantes Feld für kleine und mittlere Unternehmen in der Region – insbesondere auch für genossenschaftliche Dienstleistungsunternehmen, die ihr Portfolio spezialisieren, anpassen oder ausweiten können. Ich nenne nur beispielhaft das große Wachstumsfeld der sogenannten „Sharing Economy“, an der sich durch neuartige Softwarepakete auch diese Unternehmen beteiligen können. Durch unsere Initiative sollen gerade kleinere und mittlere Unternehmen in die Lage versetzt werden, Zugang zu diesen neuen Möglichkeiten zu erhalten.

„Das genossenschaftliche Geschäftsmodell ist ein Erfolgsmodell, das sich – gerade auch in Krisenzeiten – bewährt hat. Der Genossenschaftsverband als starke Stimme der Genossenschaften nach außen leistet dafür einen wichtigen Beitrag.“

Die Landesregierung setzt bei der ökonomischen Bildung Jugendlicher ein Zeichen: Baden-Württemberg führt als Pionier nicht nur ab dem Schuljahr 2016 ein Schulfach Wirtschaft in allen Schulformen ein, sondern startet ab dem Wintersemester 2015/2016 auch ein Studienfach Wirtschaft für angehende Gymnasiallehrer und perspektivisch auch für Lehrer anderer Schularten. Das begrüßen wir sehr und unterstützen diese Initiative gern gemeinsam mit unseren mehr als 850 Unternehmen bei den Schulen vor Ort. Wo setzt die Landesregierung die wirtschaftlichen Schwerpunkte im Lehrplan? Werden sich darin auch Genossenschaften wiederfinden?

Die Schüler sollen lernen, wirtschaftliche Zusammenhänge aus verschiedenen Perspektiven zu sehen, aus der Sicht des Verbrauchers, aus der Sicht des Arbeitnehmers und des Unternehmers sowie als Teil des politischen Handelns. Hierbei geht der Bildungsplan zunächst von regionalen Unternehmen aus und beleuchtet verschiedene Unternehmensformen, darunter auch die eingetragenen Genossenschaften als regional weit verbreitete und in den kommunalen Strukturen fest verankerte Unternehmensform. In den neuen Studiengängen reicht das Fach „Wirtschaft“ vom Schwerpunkt „Wirtschaft“ im Rahmen des Sachkundeunterrichts der Grundschule bis zum Fachstudium für die weiterführenden Schulen.

Die Landwirtschaft wird unter anderem geprägt von tiefgreifenden Strukturveränderungen, die in den Branchen Wein und Milch bereits sichtbar sind. Der BWGV ist für seine landwirtschaftlichen Mitgliedsgenossenschaften Begleiter bei der Umsetzung der (europäischen) Vorgaben. Was plant das Land zur Förderung der heimischen Landwirtschaft und was wird getan, um den landwirtschaftlichen Nachwuchs zu fördern?

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind eine der tragenden Säulen des ländlichen Raums. Mit der jüngsten EU-Agrarreform werden diese Betriebe nun endlich besser gestellt. Es war einfach nicht mehr hinnehmbar, dass 20 Prozent der Betriebe – vor allem Großbetriebe – 80 Prozent

der EU-Finanzmittel erhalten. Seit Beginn dieses Jahres gibt es nun einen Zuschlag für die ersten 46 Hektare. Davon profitieren über 90 Prozent der baden-württembergischen Betriebe. Außerdem erhalten Junglandwirte bis zu einem Alter von 40 Jahren fünf Jahre lang zusätzlich 50 Euro je Hektar ausbezahlt - und zwar bis zu einer Betriebsgröße von 90 Hektar. Da das aus unserer Sicht aber nicht reicht, verfolgen wir zusätzlich eine Doppelstrategie auf Landesebene: Einerseits helfen wir den Bäuerinnen und Bauern, wettbewerbsfähige Betriebe aufzubauen, damit sie auf den Agrarmärkten bestehen können.

„Nehmen Sie den Dorfladen zur Verbesserung der Versorgungssituation oder den Bürgerbus, der die Mobilität nicht nur der älteren Menschen gewährleistet – das sind tolle Projekte. Genossenschaften gehören somit zu den Erfolgsmodellen in einem starken ländlichen Raum.“

Ein wichtiges Element ist hier die Neuausrichtung der Beratung und die Anpassung der Investitionsförderung. Und wir zahlen - zweitens - den Bäuerinnen und Bauern einen Ausgleich für Leistungen, die die Gesellschaft von ihnen erwartet. Denn der globale Markt entlohnt Leistungen für Natur, Umwelt, Klimaschutz und Tierwohl völlig unzureichend. Im Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014-2020 sind deshalb elf Förderprogramme enthalten, die bäuerlichen Familienbetrieben und jungen Landwirtinnen und Landwirten zu Gute kommen - vor allem in Regionen mit schwierig zu bewirtschaftenden Grünlandstandorten wie etwa dem Schwarzwald oder der Schwäbischen Alb. Darüber hinaus betreibt das Land Nachwuchsförderung durch Ausbildungsberatung und Bildungsangebote an den landwirtschaftlichen Fachschulen und Maßnahmen der überbetrieblichen Ausbildung.

Rund 1,1 Millionen Euro Bürgerkapital und Tausende ehrenamtliche Stunden haben Engagierte investiert, um aus einem 125 Jahre alten denkmalgeschützten Bahnhof, der ungenutzt zu verfallen drohte, das genossenschaftliche Renommier-Objekt Leutkircher Bürgerbahnhof eG zu machen. Im strukturschwachen Kleinen Wiesental im Südschwarzwald haben engagierte Bürger den Dorfladen Milchhüslü Wies Verbrauchergenossenschaft

eG aus der Taufe gehoben, weil die Nahversorgung mit Lebensmitteln anders nicht zu gewährleisten war. BWGV-Präsident Dr. Roman Glaser stellt den gesellschaftlichen Gestaltungsauftrag von Genossenschaften heraus. Wie sehen Sie die Rolle von Genossenschaften bei der Entwicklung des ländlichen Raums – auch vor dem Hintergrund der Folgen des demografischen Wandels und der Wanderungstendenz in die Städte? In welchen Feldern wünschen Sie sich mehr Genossenschaften?

Der Beitrag der Genossenschaften zur Gestaltung des ländlichen Raums ist vielfältig und sehr zu schätzen. Für die verschiedensten Aufgabenfelder können Genossenschaften mit ihrer demokratischen Organisationsform und der örtlichen beziehungsweise regionalen Einbindung passgenaue Lösungen bieten. Nehmen Sie den Dorfladen zur Verbesserung der Versorgungssituation oder den Bürgerbus, der die Mobilität nicht nur der älteren Menschen gewährleistet – das sind tolle Projekte. Genossenschaften gehören somit zu den Erfolgsmodellen in einem starken ländlichen Raum: Sie fördern die regionale Wertschöpfung, binden bürgerschaftliches Engagement ein und erfüllen nachhaltig anstehende Aufgaben. Wenn die Menschen vor Ort die Initiative ergreifen und Lösungen für dringende Aufgabenfelder durch die Gründung einer Genossenschaft finden, so ist das sehr begrüßenswert – unabhängig von einem bestimmten Sektor. Deswegen unterstützen wir solch ein Engagement auch mit den Fördermöglichkeiten des Landes.

Stichwort demografischer Wandel: Der Kampf um die besten Köpfe betrifft auch das Thema Berufsausbildung. Unsere Genossenschaften begegnen diesen Herausforderungen vor Ort, aber auch mit grenzüberschreitenden Initiativen. So präsentierten sich im Januar 2014 auf der Ausbildungsmesse in Colmar erstmals einige badische Genossenschaften als attraktive Ausbildungsbetriebe und werden dies 2015 wieder tun. In der VR-Kooperation Deutschland-Frankreich haben sich einige Banken zusammengeschlossen, um elsässischen Jugendlichen Ausbildungsplätze anzubieten. Und darüber hinaus werben einzelne Genossenschaften, wie beispielsweise die Friedhofsgärtner, auch um Auszubildende von der anderen Seite des Rheins. Wo setzt Baden-Württemberg europäisch und international sowohl inhaltlich als auch örtlich Schwerpunkte, um grenzübergreifendes Engagement und eine grenzüberschreitende Ausbildung zu ermöglichen?

Der Fachkräftemangel ist für den Wirtschafts-

standort Baden-Württemberg wirklich ein ernsthaftes Problem. Wir haben daher schon früh die Fachkräfteallianz ins Leben gerufen. Diese Allianz vernetzt relevante Partner landesweit und auch in den Regionen. Vor Ort kennt man die regionalen Besonderheiten des Arbeitsmarkts und kann passgenaue Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umsetzen. Wir können uns aber nicht darauf verlassen, dass wir ausreichend Fachkräfte im eigenen Land finden. Es liegt auf der Hand, dass wir über die Grenze hinweg blicken müssen. Sie haben ja schon einige Initiativen genannt, die hier erfolgreich sind. Die Landesregierung hat im September 2013 mit insgesamt 28 Partnern aus dem Elsass, aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsausbildung abgeschlossen. Der Oberrhein wird damit zu einer europäischen Modellregion für die Internationalisierung der dualen Ausbildung.

Auch im Donauraum sind wir aktiv, um Impulse für die berufliche Qualifizierung zu geben. Hier sind wir mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass unsere vor Ort tätigen Unternehmen aus

Baden-Württemberg einerseits über Fachkräftemangel klagen, gleichzeitig aber häufig eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht. Angebot und Nachfrage passen hier nicht zusammen, das müssen wir ändern, indem wir zum Beispiel länderspezifische Qualifizierungsmaßnahmen vorantreiben. 2013 war ich zudem in Spanien. Dort ist die Jugendarbeitslosigkeit auch sehr hoch. Wir haben daher mit Katalonien eine Vereinbarung zur Förderung der Arbeitsmobilität unterzeichnet. Auch die Förderung des dualen Bildungssystems in Katalonien ist ein Bestandteil des Abkommens. Sie sehen: Das ist für uns ein wichtiges Thema!

Nach der EEG-Reform ist vor der EEG-Reform. Die Energiewende prägt unsere Diskussionen auch weiterhin, Lösungen und Strategien für die sich stellenden Zukunftsfragen werden gesucht. Diese scheinen jedoch nicht mehr so stark dezentral ausgerichtet zu sein, wie zunächst angezeigt. Denn einige Regulierungen, wie beispielsweise die europäische AIFM-Richtlinie (Alternative Investment Fund Managers Directive) und das deutsche Kapi-

talanlagegesetzbuch, brachten Veränderungen mit sich, die nicht nur Genossenschaften als wesentliche Katalysatoren der Energiewende vor Ort stark einschränkten. Wo sehen Sie Perspektiven, bei der Energiewende wieder Handlungsfelder für Genossenschaften zu eröffnen und die dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien voranzubringen?

Leider hat die EEG-Novelle nicht die Impulse für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien gebracht, die ich mir gewünscht hätte. Umso mehr brauchen wir auch weiterhin viele engagierte und tatkräftige Unterstützer. Gerade die Genossenschaften können Bürgerinnen und Bürger mobilisieren, die Energieerzeugung in die eigenen Hände zu nehmen und die Energiewende mit tatkräftigen und kreativen Ideen voranzubringen. Ich denke, dass es auch in Zukunft Handlungsfelder für Genossenschaften gibt. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren ist hier das weite Feld der Energieeffizienz zu nennen.

„Gerade die Genossenschaften können Bürgerinnen und Bürger mobilisieren, die Energieerzeugung in die eigenen Hände zu nehmen und die Energiewende mit tatkräftigen und kreativen Ideen voranzubringen.“

Um die Energiewende zu einem Erfolg zu führen, ist es dringend erforderlich, bei den Themen Energieeinsparung und effiziente Nutzung von Energie weiter voran zu kommen. Auch hier können sich Genossenschaften stark machen, und wir sehen in der Praxis schon einige gute Projekte. Allerdings habe ich die Sorge, dass es für Genossenschaften zukünftig schwieriger werden kann, ihre Projekte umzusetzen. So sieht das EEG vor, die Vergütung von Erneuerbare-Energien-Anlagen zukünftig über Ausschreibungen zu bestimmen. Hier müssen wir aufpassen, dass wir die lokalen Investoren, sprich die Bürgerinnen und Bürger, nicht aus den Augen verlieren. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Akteursvielfalt auch in Zukunft einen hohen Stellenwert hat. Und: So richtig ich eine stärkere Regulierung von Finanzmärkten halte – wir müssen schon Sorge dafür tragen, dass solche Regelungen auch angemessen und für Bürgerenergieprojekte umsetzbar sind.

Herr Ministerpräsident, im Namen unserer Mitgliedsbanken danken wir Ihnen und Herrn Minister Schmid sehr für die Unterstützung

beim Thema Basel III im Besonderen und der Bankenregulierung im Allgemeinen. Dieses Engagement ist wichtig, da unsere kleinteilige Bankenstruktur in Europa nahezu einmalig ist und die Gefahr vor allem mit Blick auf den europäischen Sanierungs- und Abwicklungsfonds und dessen Trennung von der Einlagensicherung als dem Rückgrat unserer Volksbanken und Raiffeisenbanken bestehen bleibt. Wir wären dankbar, wenn die Landesregierung hier – vielleicht sogar parteiübergreifend – weiter Stellung bezieht. Kann dies, wie auch bisher bereits geschehen, über den Bundesrat und auch direkt geschehen, indem unsere genossenschaftlichen Besonderheiten immer wieder nachdrücklich erläutert werden?

Ich bin in der Vergangenheit für die berechtigten Anliegen der Volksbanken und Raiffeisenbanken eingetreten und werde dies auch weiterhin tun. Wir haben in der Finanzkrise gesehen, welchen unschätzbaren Wert stabile Banken vor Ort für die Wirtschaft haben. Wären die Genossenschaftsbanken und Sparkassen nicht gewesen, hätte uns die Krise viel schlimmer getroffen. Damit die kleinteilige Bankenstruktur erhalten bleibt, haben wir als Landesregierung in Deutschland und in Europa mit Erfolg dafür geworben, dass kleine und mittlere Banken in einem ähnlichen Maße privilegiert werden wie kleine und mittlere Unternehmen. Wir haben damit zum Beispiel erreicht, dass unsere Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht unter die Aufsicht der EZB fallen. Und wir haben erreicht, dass auch die Sanierung und Abwicklung von Volks- und Raiffeisenbanken anders als bei systemrelevanten Banken in deutscher Hand bleibt. Dies ist gerade mit Blick auf das funktionierende Institutssicherungssystem des genossenschaftlichen Verbunds sehr wichtig. Bei der Bankenabgabe ist es uns immerhin gelungen, dass kleine Institute mit einer Bilanzsumme von weniger als 1 Milliarde Euro durch einen relativ überschaubaren Pauschalbeitrag entlastet werden und dass ihr Verbund durch die Berücksichtigung der verbundinternen Forderungen deutlich besser dasteht als lange angenommen.

Die Fragen stellten Gunter Endres, stv. Pressesprecher, und Anja Roth, Bereichsleiterin Interessenvertretung.